

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Margarete Bause

Abg. Markus Blume

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Florian Streibl

Staatsministerin Emilia Müller

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Antrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU),**

**Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Ludwig Hartmann, Margarete Bause, Thomas Gehring u. a. und Fraktion  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Integration in  
Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" ([Drs. 17/12431](#))**

und

**Festlegung**

**der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission**

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 36 Minuten. Die Verteilung der Zeiten setze ich als bekannt voraus. Erster Redner ist der Kollege Zellmeier. Bitte schön.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben – ein zweifellos wichtiges Thema und aktueller denn je. Aktuell ist es natürlich wegen der hohen Zahl an Zuwanderern, die wir in den letzten Jahren, vor allem im letzten Jahr, in Bayern und in Deutschland zu verzeichnen hatten. Aktueller denn je ist es aber auch wegen der Verunsicherung in der Bevölkerung, die sich die Frage stellt, wie es weitergehen wird, welche Richtung die Integration nehmen wird und wie sie das Leben verändern wird bzw. verändern soll. Es stellt sich auch die Frage, wie die Sicherheit ausgestaltet sein wird. Integration ist auch eine wichtige Voraussetzung für die innere Sicherheit, damit die Menschen, die zu uns kommen, mit uns leben können. Wir haben gerade in der Vergangenheit und

auch aktuell erfahren, dass Menschen, die nicht gut integriert sind, ein Risiko darstellen. Deshalb müssen wir verstärkt darauf achten, Integration noch mehr zu leben, als es bisher der Fall ist.

Wir in Bayern sind stolz darauf, dass Integration bei uns relativ gelungen ist. Aber in der Praxis gibt es immer wieder neue Herausforderungen, es gibt neue Probleme, und man kann immer noch etwas verbessern. Dazu sind wir auch bereit, und deshalb haben wir gleich zu Beginn signalisiert, dass wir mitarbeiten wollen und dem Antrag, der von der SPD und den GRÜNEN gekommen ist, beitreten sowie den Fragenkomplex mitgestalten. Dieser Konsens hat sich bewährt; wir haben gemeinsam einen guten Fragenkatalog auf den Weg gebracht.

Unser Interesse an der Arbeit der Enquete-Kommission zeigt sich aber auch an der Besetzung, die wir vorgeschlagen haben und die wir heute – so denke ich – auch beschließen werden. Wir haben mit Markus Blume, der die Grundsatzkommission der CSU leitet und bei der Integration schon lange tätig ist, Thomas Huber, dem zuständigen Berichterstatter im sozialpolitischen Ausschuss, Michaela Kaniber, die als Kind kroatischer Eltern aus der zweiten Generation der Gastarbeiter stammt, Martin Neumeyer, unserem Integrationsbeauftragten, und an der Spitze natürlich unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die in der CSU die Arbeitsgruppe Integration leitet, profilierte Mitglieder in der Enquete-Kommission. Es handelt sich also um prominente Mitglieder, die auch fachkundig sind. Genauso prominent und fachkundig sind unsere Experten.

Ich möchte an dieser Stelle schon einmal Danke sagen. Ich möchte den Experten danken, die sich bereitgefunden haben mitzuwirken. Die Arbeit ist zeitaufwendig. Die Mitwirkung kostet Geduld und Arbeit. Ich möchte aber auch unseren Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion danken, die sich bereitwillig gemeldet haben. Wir haben ein größeres Interesse verzeichnet, als wir erwartet hatten. Danke auch an alle, die als Stellvertreter in der Enquete-Kommission mitwirken.

Unsere Experten sind prominent und vor allem sehr fachkundig. Wir haben Professor Dr. Georges Tamer, den Inhaber des Lehrstuhls für Orientalische Philologie und Islamwissenschaft, gewinnen können. Das Thema Islam ist wichtig; denn dabei gibt es die größten Unsicherheiten und die größten Herausforderungen. Der Bildungsbereich ist mit Professor Günther Goth, dem Vorstandsvorsitzenden des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft, vertreten. Auch das war uns wichtig. Gerade die berufliche Bildung ist wichtig, damit der Anschluss an die Arbeitswelt und die Gesellschaft gelingt. Es gilt das Prinzip, den eigenen Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Für den Bereich Arbeit und Fortbildung haben wir Herrn Eugen Hain, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Würzburg, mit dabei. Auch er ist ein profilierter Kenner der Thematik. Wichtig war uns auch, dass die Kommunen entsprechend vertreten sind. Die Kommunen sind durch Landrat Thomas Karmasin, Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, vertreten. Auch er ist bei der Integration engagiert. Ein weiterer Vertreter der Verwaltung ist Regierungspräsident Heinz Grunwald, der nicht nur als Regierungspräsident, sondern auch vorher schon in verschiedenen Funktionen mit Flüchtlingen und deren Aufnahme und Unterbringung sowie deren Integration viel zu tun hatte. Ihnen allen ein großes Dankeschön und ein Vergelts Gott für die Bereitschaft mitzuwirken, um die Integration in Bayern noch besser zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Die Enquete-Kommission hat zuerst eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dabei werden wir sicherlich die Ministerien fordern müssen; denn es werden Daten geliefert werden müssen. Elf Fragenkomplexe sind abzuarbeiten.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem Kollegen Taşdelen herzlich danken. Er hat bereits im Vorfeld ein Gespräch angeboten. Wir werden uns morgen treffen, um die Details zu besprechen, sodass wir gemeinsam starten können. Wir werden gemeinsam

versuchen, das Beste für unser Land und für die Menschen, die hier leben, die Einheimischen und die Zuwanderer, zu erreichen.

Ich verschweige aber nicht, dass wir bei einigen Themen unterschiedlicher Meinung sind, bei denen es nicht leicht sein wird, Kompromisse zu finden. Das betrifft die Leitkultur, die uns sehr wichtig ist, aber auch die Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht. Letzteres ist für uns das Ergebnis von Integration und nicht die Voraussetzung. Das betrifft aber auch die Rückkehr derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben oder bei denen der Aufenthaltsgrund nach Ende der Kampfhandlungen weggefallen ist. Auch diese Themen gehören dazu, zu fragen, was mit diesen Betroffenen geschieht und was man für diese Personengruppen tun muss, die sich nur zeitweise bei uns aufhalten. Wir müssen auch fragen, was zu tun ist, damit diese Personen zurückkehren und ihr Land wieder aufbauen. All das sind wichtige Themen, und diese wollen wir möglichst gemeinsam abarbeiten.

Lieber Kollege Taşdelen, ich sage aber auch: Die Forderung, das Gesetz, das wir eingebracht haben, zurückzustellen, wird rein faktisch nicht erfüllbar sein. Die Enquete-Kommission ist mit dem Abschlussbericht für den Zeitraum bis Frühjahr 2018 angelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir ein Gesetzesvorhaben fast zwei Jahre lang zurückstellen. Das wäre der falsche Weg. Wir haben hier Handlungsbedarf. Die Enquete-Kommission kann das Gesetz aber in der Umsetzung begleiten und Vorschläge bringen. Sollte sich Nachbesserungsbedarf ergeben, wird eine Gesetzesänderung nie ausgeschlossen sein, wobei ich hoffe, dass unser Gesetz so gut ist, dass eine Änderung nicht notwendig ist.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Aber auch darüber werden wir uns nicht alle einig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht kommt aber auch bei Ihnen noch die Erkenntnis. Ich will es zumindest hoffen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Kollege Taşdelen. Bitte sehr.

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Zellmeier, Ihr Gesetz wäre gut, wenn Sie es einstampfen würden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Integration steht auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung. Wir hätten nicht gedacht, dass wir uns, zumindest in der Einsetzung der Enquete-Kommission und in den Themen, so einig werden. Ich möchte den Dank an alle hier vertretenen Fraktionen zurückgeben. Zwar haben uns viele Gespräche Nerven und Kraft gekostet, aber trotzdem haben wir uns auf einen Fragenkatalog geeinigt, mit dem alle Fraktionen leben können: die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und auch wir von der SPD.

Wir haben die Integration in Bayern bisher dem Zufall überlassen. Das ist meine Wahrnehmung, wenn ich in ganz Bayern herumfahre und mich mit Menschen unterhalte. Dort, wo es Menschen gab, die sich für das Thema interessiert haben und die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich eingesetzt und dem Thema Integration gewidmet haben, und dort, wo wir eine Oberbürgermeisterin oder einen Oberbürgermeister hatten, der sich für das Thema interessiert hat, hat Integration funktioniert. Wo wir solche Personen nicht hatten, hat Integration faktisch nicht stattgefunden. Im Gespräch mit Bürgermeistern habe ich meistens die Antwort erhalten: Herr Taşdelen, bei mir hat die Integration gut funktioniert; bei mir sind Ausländer bisher nicht aufgefallen. – Damit meinte man, dass Ausländer nicht negativ aufgefallen sind. Der Umkehrschluss war: Wenn Migrantinnen und Migranten nicht negativ auffallen, ist die Integration vor Ort gelungen. – Wir wissen heute aber, dass diese Erkenntnis falsch ist. Was die Integration angeht, wissen wir nicht, wo wir stehen, und, ehrlich gesagt, auch nicht, wo wir hinwollen. Wir haben im Bayerischen Landtag nicht einmal einen Integrationsbericht,

der uns Abgeordneten einen Spiegel vorhält, um zu erfahren: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?

Deshalb ist die Einsetzung der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" richtig und wichtig. Wir wollen diese wichtigen Themen wie Sprache, Erziehung und Bildung, gesellschaftliche und politische Teilhabe bis hin zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnen und Stadtentwicklung, Kultur und Medien auch mit Fachleuten und Expertinnen und Experten von außen diskutieren, um zu erfahren, wo wir stehen, wie wir Integration besser organisieren können und wie wir, was beispielsweise den Spracherwerb angeht, besser werden können, um die Menschen, die zu uns kommen, schnell zu integrieren.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns auch nicht nur um die Menschen, die neu zu uns kommen, sondern auch um die Menschen, die schon länger bei uns leben. Wir haben diesen Menschen gegenüber eine politische Verantwortung und können vielleicht neue Wege gehen, um ihnen Angebote zu machen, die wir bisher nicht gemacht haben, oder auf neue Ideen kommen. Wir wollen zum Beispiel untersuchen, warum DAX-Unternehmen bisher nur 54 Flüchtlinge beschäftigen und kleine und mittelständische Unternehmen am meisten Arbeitsplätze angeboten haben. Wir wollen untersuchen, wie Menschen, die neu zu uns kommen, noch besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Wir wollen die Integrationsbereitschaft nach folgenden Fragen untersuchen: Wie gelingt das Zusammenleben? Welche Regeln sind für das Zusammenleben erforderlich? Wir wollen auch diese Themen beleuchten.

Wir wollen – wir als Opposition haben diese Kröte geschluckt – auch über die Leitkultur reden, aber nicht in dem Sinne, wie es die CSU-Fraktion ursprünglich vorgeschlagen hatte, sondern wir haben in den Fragenkatalog der Enquete-Kommission die Formulierung aufgenommen, dass wir untersuchen wollen, was der Begriff "Leitkultur" bedeutet, wie dieser Begriff definiert wird und ob dieser Begriff geeignet ist, die Inte-

gration zu fördern, oder ob er sie eher hemmt. Da sieht man, dass wir als Opposition, dass wir als SPD ein bisschen über den eigenen Schatten gesprungen sind, um tatsächlich alle Lebensbereiche der Menschen, die neu zu uns kommen, zu beleuchten und zu erfahren, wie wir die Integration in Bayern besser gestalten können und wie wir zukunftsfähiger werden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Für die SPD-Fraktion wird meine Kollegin Angelika Weikert in der Enquete-Kommission mitarbeiten. Als Expertinnen haben wir Frau Professor Petra Bendel vom Zentralinstitut für Regionenforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg – mein herzliches Dankeschön, weil die Mitarbeit viel Zeit und Kraft kosten wird – und Frau Mitra Sharifi, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, berufen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und bin mir sicher, dass wir gemeinsam ein Integrationspapier erarbeiten können, das wir für die nächste Legislaturperiode als Integrationsgrundlage hinterlassen können. Ich hoffe, dass viele unserer Vorschläge in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Ich richte noch einmal meinen Appell an Sie, weil Sie es angesprochen haben, Herr Zellmeier: Vielleicht kommen Sie als CSU-Fraktion doch noch zur Vernunft und legen das integrationshemmende Gesetz, das Sie schon in Erster Lesung eingebracht haben, auf Eis, um die Ergebnisse der Enquete-Kommission abzuwarten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER: Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob Integration gelingt oder misslingt, entscheidet sich vor Ort, also in den Kommunen. Kommunen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. – Wir freuen uns heute vierfach. Wir freuen uns zum einen, weil wir es parteiübergreifend geschafft haben,



eine Enquete-Kommission "Integration in Bayern" ins Leben zu rufen. Wir freuen uns über die vielen Experten, die dabei sind. Das belebt sicherlich unsere Arbeit. Das wird dazu führen, dass die Sacharbeit im Vordergrund steht. Das ist bei diesem Thema nämlich besonders wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir freuen uns auch, dass ein Kapitel "Kommunales" in den Fragenkatalog eingefügt wurde. Wir freuen uns darüber, dass wir es geschafft haben – das war gar nicht so schwer –, in zwei, drei Sitzungen einen gemeinsamen Fragenkatalog zu entwickeln. Das ist wichtig. Das heißt, die vier Fraktionen ziehen in dieser Sache an einem Strang. Wir wollen diesen gemeinsamen Fragenkatalog sachlich und konstruktiv abarbeiten.

Wir wollen diskutieren – das ist uns FREIEN WÄHLERN wichtig –, wie Kommunen und örtliche Helferstrukturen noch besser unterstützt werden können. Wir müssen neue Strukturen finden, um in den Kommunen und den ländlichen Gebieten, die zum Teil schon bisher hervorragende Integrationsarbeit geleistet haben, weitere Verbesserungen zu erreichen. Wir müssen schauen, wie die finanziellen Mittel noch besser eingesetzt werden können. Wir wünschen, dass in den Kommunen analog zu den seniorenpolitischen Konzepten sogenannte integrationspolitische Handlungsanleitungen erstellt werden, weil die Akteure vor Ort beim Thema Integration bestimmend sind. Das ist uns insgesamt wichtig. Uns FREIEN WÄHLERN ist wichtig, dass wir eine Meinungs- und Konzeptbildung von unten nach oben haben, nicht von oben nach unten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte den Verantwortlichen vor Ort nicht übergestülpt werden. Das ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Wir wollen, dass das Thema Integration noch stärker als bisher in die kommunalen Gremien – Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag – einbezogen wird. Uns ist ebenso wichtig, dass die Integration zur Chefsache gemacht wird; Bürgermeister und Landräte sollten voll dahinterstehen. Außerdem wollen wir – das

muss das Ziel sein –, dass wir möglichst viele Entscheidungen in der Enquete-Kommission einstimmig treffen. Das ist wichtig. Das kommt bei den Bürgern am besten an.

In einigen Kommunen liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei rund 10 %. Für viele Bürger mit Migrationshintergrund ist es eine interessante Erfahrung und ein Vertrauensgewinn, den man nicht unterschätzen darf, wenn sie in der Verwaltung Landsleuten gegenüberstehen.

Kommunen brauchen Unterstützung, das ist ganz wichtig. Wir sagen immer: Ohne Moos nichts los. In Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden fordern wir angesichts der vielfältigen Anforderungen für eine gelungene Integration nicht nur eine verbale, sondern auch eine finanzielle und personelle Unterstützung. Die Kommunen leisten heute schon sehr viel für die Integrationsarbeit. Das sagen alle kommunalen Spitzenverbände. Deshalb darf es keine "kalte" Kommunalisierung von Integrationskosten geben. Bund und Land dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Integration umfasst viele Bereiche: Arbeitsmarkt, Bauland, sozialer Wohnungsbau, Jugendhilfe und Kinderbetreuung. – Ich komme zum Schluss, weil mein Kollege Florian Streibl auch noch reden möchte. – Der Begriff "Leitkultur" soll ebenfalls untersucht werden. Die Verbände – das habe ich in meiner Schriftlichen Anfrage schon herausgearbeitet – sind das Spiegelbild der gesellschaftlichen Meinung in Bayern. Das muss sich auch im Integrationsgesetz wiederfinden. Wenn sich alle Verbände, die wir befragt haben, gegen den Begriff "Leitkultur" ausgesprochen haben, müssen wir diesen Begriff in der Kommission kritisch hinterfragen. Deshalb freue ich mich auf die Diskussion in der Enquete-Kommission.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Herr Kollege Dr. Fahn. – Jetzt hat Frau Kollegin Bause für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Margarete Bause (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich, dass wir heute die Einsetzung der Enquete-Kommission zur Integration in Bayern beschließen. Ich freue mich, dass sich am Ende alle Fraktionen unserer Initiative angeschlossen haben. Zuerst haben wir einen gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion eingebracht. Danach haben sich die FREIEN WÄHLER und die CSU dem Antrag angeschlossen. Der Weg dorthin war nicht ganz leicht. Jetzt liegt jedoch ein guter gemeinsamer Antrag vor, der eine spannende und sehr wichtige Diskussion in der Enquete-Kommission erwarten lässt. – Herzlichen Dank für diese gemeinsame Initiative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission ist nötig, sie ist sogar längst überfällig. Andere Landtage haben schon in den Jahren 2010 und 2011 Enquete-Kommissionen zum Thema Integration eingerichtet. Dazu zählen die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz. Diese Kommission ist auch deshalb überfällig, weil wir auch in Bayern längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben, selbst wenn Sie von der CSU sich schwertun, diese Realität anzuerkennen. Zunächst brauchen wir eine umfassende Bestandsaufnahme mithilfe von Daten und Fakten. Wie verläuft die Zuwanderung, die Migration und Integration in unserer Gesellschaft eigentlich? Was sind gelingende Projekte? Wo hapert es? Wo befinden sich Integrationshürden und Integrationshindernisse? Wie können wir eine ressortübergreifende und langfristig ausgerichtete Integrationspolitik auf den Weg bringen? Wie gestalten wir Integrationspolitik aktiv? – Je erfolgreicher wir Integration gestalten, desto besser steht es um die Zukunftschancen Bayerns. Darüber besteht mittlerweile Konsens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen haben wir unseren Wohlstand in Bayern gerade auch der permanenten Migration und somit auch den Migrantinnen und Migranten und den Flüchtlingen zu verdanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Enquete-Kommission erkennen wir an, dass Zuwanderung in Zeiten der Globalisierung den Normalzustand darstellt. Es handelt sich nicht um eine zeitlich befristete Ausnahme, wie Sie das von der CSU gerne sehen. Im Rahmen einer Veranstaltung im Landtag hat Herr Alois Glück vor Kurzem in einem sehr bemerkenswerten Vortrag deutlich gemacht, dass Zuwanderung kein vermeidbarer Betriebsunfall sei – das hat er so genannt –, sondern in einer globalisierten Welt der Normalzustand. Außerdem hat er deutlich gemacht, dass die Einstellung zu Flüchtlingen und Migranten für die Aufgabe der Integration von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das ist eine zentrale Aussage. Wir sollten sagen: Sie sind eine Chance für uns. Sie eröffnen uns die Möglichkeit, unseren Wohlstand in einer globalisierten Welt weiter auszubauen. Es ist entscheidend, welche Maßnahmen wir ergreifen. Es ist ein Unterschied, ob wir die Türen schließen oder sagen: Sie sind mitten in unserer Gesellschaft, und wir tun alles dafür, dass sie optimale Chancen haben, weil wir alle davon profitieren, weil wir alle dadurch gewinnen.

Ziel der Enquete-Kommission ist es, konkrete Konzepte für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Integrations- und Migrationspolitik zu entwickeln. Außerdem soll erarbeitet werden, wie die Potenziale erfolgreicher anerkannt, gefördert und nutzbar gemacht und Integrationshemmnisse und Integrationshürden abgebaut werden können.

Herr Zellmeier, ich halte es für sinnvoll, wenn Ihre Fraktion das Leitkult-Gesetz zurücknehmen würde, bis wir in der Enquete-Kommission auf der Basis von Fakten und Daten und unter Beteiligung von Expertinnen und Experten sowie Betroffenen Empfehlungen erarbeitet haben. Auf dieser Grundlage können wir sinnvoll diskutieren. Wir sollten nicht mit verfehlten Vorschlägen und auf einer völlig unzutreffenden Faktenba-

sis eine falsche Politik wie in Ihrem Integrationsgesetz betreiben. Ich empfehle Ihnen, die Enquete-Kommission als Chance zu begreifen und Ihr Integrationsgesetz zurückzuziehen. Erarbeiten wir zusammen mit den Expertinnen und Experten sowie den Betroffenen Empfehlungen. Auf diese Weise haben wir die Chance, eine gute Integrationspolitik für Bayern zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Enquete-Kommission werden wir streiten – das ist klar. Wir haben uns um den richtigen Weg schon bei ihrer Einsetzung gestritten. Das gehört zur Demokratie. Es macht nichts, dass wir in dieser Enquete-Kommission nicht alle einer Meinung sein werden. Das gehört sich auch so. Wir werden jedoch auf der Basis von Fakten streiten und nicht auf der Basis von Gerüchten oder Befürchtungen, die durch den Raum wabern. Wenn wir auf der Basis von Daten und Fakten um den richtigen Weg streiten, ist das in Ordnung. Ich hoffe, dass wir mit der Enquete-Kommission die ideologische Debatte, die Sie so gerne führen, endlich überwinden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern geht mit dieser Enquete-Kommission einen wichtigen Schritt weiter auf dem Weg zu einer zeitgemäßen Integrationspolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir gemeinsam diese Chance.

Herr Kollege Dr. Fahn hat gerade gesagt, Integration sei Chefsache. Das sehen wir auch so. Deswegen werde ich selber dieser Enquete-Kommission angehören. Meine Kollegin Christine Kamm wird mich dort vertreten. Unser Experte ist Michael Stenger, der Ihnen als Erfinder der "SchlaU-Schule" bekannt ist. Das ist ein unglaublich erfolgreiches Integrationsprojekt. Wir freuen uns, zusammen mit den anderen Expertinnen und Experten und mit Ihnen eine zeitgemäße Integrationspolitik für Bayern zu entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Bause. – Jetzt hat Herr Kollege Blume für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Markus Blume (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Enquete-Kommission zur Integration ist parlamentarisch notwendig. Das ist bereits gesagt worden. Wir als CSU-Fraktion stimmen dem uneingeschränkt zu. Sie ist parlamentarisch notwendig, lieber Herr Kollege Taşdelen, weil sie das Integrationsgesetz ergänzen soll. Wir können logischerweise nicht zwei Jahre warten, bis die Enquete-Kommission zu Ergebnissen kommt, sondern die Aufgabe der Integration steht unmittelbar an, und dieser Aufgabe trägt das Integrationsgesetz Rechnung. Richtig ist aber auch, dass Integration eine Daueraufgabe ist. Sie wird uns auf viele Jahre hinaus fordern, und deswegen müssen wir alles richtig machen. Deswegen ist es auch notwendig, die Fragen mit der nötigen Gründlichkeit auf der Basis von Fakten, wie Sie, Frau Bause, es gesagt haben, zu bearbeiten und die richtigen Konzepte auf den Weg zu bringen. Deswegen sehe ich zwischen dem Integrationsgesetz und der Enquete-Kommission keinen Widerspruch. Das Integrationsgesetz muss sofort erlassen werden. Die Arbeit der Enquete-Kommission wird von Dauer sein. Deswegen hat beides seine Berechtigung.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist auch gesellschaftlich notwendig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es ganz persönlich und ehrlich: Ich bin in Sorge um unsere offene Gesellschaft und um das, was wir uns über Jahrzehnte errungen und erarbeitet haben. Das hatte gerade dazu geführt, dass unser Land für die Menschen auf der ganzen Welt ein Sehnsuchtsort ist. Diese offene Gesellschaft ist aber in Gefahr. Sie ist nicht nur deswegen in Gefahr, weil es Menschen gibt, die unter offener Gesellschaft etwas anderes verstehen. Sie ist auch deswegen in Gefahr, weil es Menschen gibt, die manche Veränderungen in unserer Gesellschaft mit Sorge beobachten. Deswegen müssen wir in der Enquete-Kommission auch eine gesellschaftlich relevante Antwort darauf geben, wie Integration gelingen kann. Die offene Gesellschaft darf nicht an sich selbst scheitern.

(Beifall bei der CSU)

Den Beitrag des Kollegen Zellmeier möchte ich gerne noch um drei oder vier politische Punkte ergänzen und auf das erwidern, was Sie gerade gesagt haben. Erstens ist für uns, die CSU, klar, dass wir auch die Integrationsfähigkeit im Blick behalten müssen. Die Integration kann nur gelingen, wenn wir die Möglichkeiten dazu haben und wenn keine Überforderung eintritt. Deswegen kommt von unserer Seite die klare Botschaft: Die Aufnahmefähigkeit muss sich an der Integrationsfähigkeit ausrichten. Deshalb wird es auch Aufgabe der Enquete-Kommission sein zu beleuchten, wie integrationsfähig wir sind und wie wir diese Integrationsfähigkeit noch steigern können.

Zweitens müssen wir die Integrationsleistung, die die Gesellschaft zu erbringen hat, fair verteilen. Es kann nicht sein, dass ein Drittel der Gesellschaft über Integration theoretisiert und über Willkommenskultur nachdenkt, während die anderen zwei Drittel der Gesellschaft für die Integration praktisch zuständig sein sollen. So kann es nicht gehen, so würde unsere Gesellschaft am Ende des Tages gespalten.

Drittens müssen wir Integrationsbereitschaft auch einfordern. Ich halte es für gut und richtig, dass auch dieser Aspekt in der Enquete-Kommission untersucht wird. Wir müssen dafür sorgen, dass die Integration gelingen kann. Wir müssen vor allem deutlich machen, dass die Integration nicht Kür, sondern Pflicht ist. So selbstverständlich es ist, dass es in unserem Land keine rechtsfreien Räume geben darf, so selbstverständlich muss es auch werden, dass es keine integrationsfreien Räume geben darf. Diese wären der Nährboden für Radikalisierung. Integration ist das beste Mittel, um auch gegen Radikalisierung zu immunisieren.

(Beifall bei der CSU)

Viertens müssen wir der Integration auch eine Richtung geben, weil wir den Menschen, die zu uns kommen, eine Orientierung geben müssen. Diese Menschen wollen wissen, wofür unsere Gesellschaft steht und was für eine Gesellschaft es ist, in der sie Platz finden möchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an der Stelle darf ich einen Wunsch formulieren: Integration ist heute zum Glück keine Frage eines politischen Lagers mehr. Ihre Notwendigkeit wird von niemandem mehr bestritten. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Frage, woran wir die Integration ausrichten und ob es überhaupt notwendig ist, der Integration eine Richtung zu geben, nicht nur von einem politischen Lager, sondern von uns gemeinsam beantwortet wird. Ich wünsche mir dies deshalb, weil es bei der Leitkultur nicht nur um Schweinsbraten und Dirndl geht. Diese Debatte ist nun wirklich von vorgestern. Orientierung an der Leitkultur heißt für mich Befähigung zur Toleranz und Befähigung, sich in unserer offenen Gesellschaft, die wir verteidigen wollen, zurechtzufinden. Deswegen halte ich das Konzept der Leitkultur für einen notwendigen Bestandteil unserer offenen Gesellschaft. Die Diskussion über die Leitkultur ist kein Streit um Worte, sondern ein Streit um die Sache. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Diskussion in der Enquete-Kommission gemeinsam zum Ende bringen könnten.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Die Integration wird eine Daueraufgabe sein. Der Raum einer Enquete-Kommission ist dafür der richtige. Jawohl, Frau Kollegin Bause, wenn Integration gelingt, wird es für Bayern ein Erfolg sein. Da sind wir voll mit dabei. Ein letzter Satz: Wir alle hier sind ins Gelingen verliebt, wir haben kein Interesse am Scheitern, und deswegen kann die Enquete-Kommission auch ein deutliches Zeichen für alle Protestbewegungen in diesem Land sein, die kein Interesse am Gelingen, sondern nur ein Interesse am Scheitern haben und mit den Ängsten der Menschen spielen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.



**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist: Integration muss gelingen. Wir haben keine andere Chance, als dass sie gelingen muss. Deswegen ist es ein großartiges Zeichen, wenn wir heute als gesamter Landtag einstimmig die Einsetzung dieser Enquete-Kommission beschließen. Wir machen uns gemeinsam auf den Weg, um zu sehen, wie Integration gelingen kann; denn dies ist die große Herausforderung der Zukunft.

Wenn wir keine Parallelgesellschaften und keine Radikalisierung haben wollen, dann müssen wir Wege finden, die gesamte Gesellschaft mitzunehmen. Es geht um nichts anderes als den Wert der Einigkeit, wie es im Deutschlandlied heißt. Es geht um die Einigkeit in der Gesellschaft. Deswegen ist Integration nötig, und es ist gut, wenn wir alle daran mitarbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren muss Integration – das stimmt auch – eine Richtung haben. Sie muss sich an unseren westlichen Werten und an unserem westlichen Gesellschaftssystem orientieren. In dieses System hinein wird integriert und eingewandert. Dieses Werte- und Gesellschaftssystem ist juristisch gesagt das System der Vertragsfreiheit einer Vertragsgesellschaft. Hier treffen freie Rechtssubjekte aufeinander, welche sich mit Achtung und Respekt begegnen. Deswegen respektieren sie den gegenseitigen Willen und binden sich vertraglich. Eine vertragliche Gesellschaft basiert auf den persönlichen Freiheitsrechten, auf dem Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit für jedermann. Das müssen wir auch vermitteln. In diese Gesellschaft hinein muss integriert werden, damit diejenigen, die zu uns kommen, wissen, wie unsere Gesellschaft funktioniert.

Wir sind keine Kommando-Gesellschaft. Wir sind eine Gesellschaft von gleichen und freien Menschen, die sich auf dieser Basis begegnen und gemeinsam einen Weg finden; das muss vermittelt werden. Das muss das Ziel jeglicher Integration sein, und daran müssen wir arbeiten. Der Vertragsabschluss und die Privatautonomie sind letzt-

lich die Grundlage unseres westlichen Gesellschaftssystems; das dürfen wir nicht vergessen. Als gleiche und freie Menschen sitzen wir hier nebeneinander, weil wir uns einigen können. Deswegen bedeutet Integration meiner Meinung nach das Anerkennen und das Leben der Werte der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Enquete-Kommission greift der Bayerische Landtag eines der wichtigsten Zukunftsthemen unseres Landes auf. Gelingende, erfolgreiche Integration ist die Voraussetzung dafür, dass die Arbeitslosenquote niedrig und der Wohlstand in unserem Land erhalten bleibt. Integration ist der wesentliche Schlüssel dafür, den Zusammenhalt der Menschen in Bayern zu erhalten und zu stärken. Dabei dürfen wir die Integrationsfähigkeit unserer Bevölkerung nicht überstrapazieren und überfordern. Deswegen ist auch eine Begrenzung der Zuwanderung ein ganz wesentlicher Aspekt. Kollege Blume hat es vorhin auch schon angesprochen.

Die Integration der Menschen, die bei uns bleiben werden, wird uns mit Sicherheit noch viele Jahre fordern. Die Integration braucht einen langen Atem. Sie braucht Geduld. Sie gelingt nicht von einem Jahr zum andern, sondern es wird Jahrzehnte dauern, bis die Integration verwirklicht ist. Die Integration wird zum Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft unserer Gesellschaft. Daher ist es richtig, dass alle vier Landtagsfraktionen einen gemeinsamen Antrag zur Einsetzung dieser Enquete-Kommission erarbeitet haben.

Sehen wir uns genauer an, was Bayern leistet: Bayern leistet viel bei der Integration. Mit einem Bayerischen Integrationsgesetz wollen wir den Rahmen für eine gelingende

Integration gesetzlich festschreiben. Integration vollzieht sich bei uns nach klaren Regeln: dem Grundsatz des Forderns und Förderns,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist denn das Fördern?)

der uneingeschränkten Akzeptanz unserer Rechts- und Grundwerteordnung und dem Erlernen der deutschen Sprache, um nur drei wichtige Eckpfeiler zu nennen.

Fördern heißt, wir unterstützen die Menschen, die bei uns bleiben werden, hier Fuß zu fassen. Wir fördern die Integration mit unserem Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken". Das Programm umfasst, wie Sie wissen, ein Maßnahmenpaket mit einem Volumen von über 550 Millionen Euro. Bereits letzten Herbst haben wir dieses Programm ins Leben gerufen und auf den Weg gebracht.

Aber die Integration von Hunderttausenden Migranten und Migrantinnen mit breit gefächertem soziokulturellem Hintergrund, unterschiedlichem Bildungsniveau, unterschiedlicher Qualifikation und unterschiedlichem Ausbildungsstand wirft auch viele neue Fragen auf. Deswegen ist es hilfreich, dass die Enquete-Kommission in einem ersten Schritt eine generelle Bestandsaufnahme zur Situation der unterschiedlichen Personengruppen mit Migrationshintergrund und Integrationsbedarf vornehmen wird. In einem zweiten Schritt können in einem konstruktiven Dialog zukunftsweisende Lösungen erarbeitet werden.

Der vorliegende interfraktionelle Antrag geht in seiner aktuellen Fassung auf die aus meiner Sicht zentralen Handlungsfelder ein, vor allem auf Sprache, Erziehung und Bildung. Spracherwerb beginnt schon in der Erstaufnahmeeinrichtung und im Kindergarten. Dann folgen Erziehung und Bildung.

Zu den Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Wir haben einen Pakt mit der Wirtschaft geschlossen. Wir haben heute, etwa ein halbes Jahr nach dem Start der Initiative "Integration durch Ausbildung und Arbeit", eine Zwischenbilanz gezogen: 24.000 Plätze auf dem Arbeitsmarkt konnten bereits vergeben werden. Wir hatten uns für das

Jahr 2016 20.000 Plätze vorgenommen, waren also sehr erfolgreich. Weitere Themen sind Gleichstellung, Integrationsbereitschaft, Integrationsrichtung, Leitkultur und natürlich auch Kommunales; denn Integration vollzieht sich auch in den Kommunen.

Gelingende Integration hängt in vielen Bereichen essenziell davon ab, wie schnell erforderliche Maßnahmen entwickelt und ergriffen werden können. Deswegen ist die Konzentration der Enquete-Kommission auf das Wesentliche aus meiner Sicht sehr wichtig. Es gilt, zügig pragmatische Lösungen zu entwickeln, etwa zu der Frage, wie wir Parallelgesellschaften und Gettobildung vermeiden können; denn diese bilden den Nährboden für die Radikalisierung von Migrantinnen und Migranten. Wohin das führen kann, zeigen die fürchterlichen Terroranschläge, die Frankreich erschüttert haben.

Meine Damen und Herren, es bedarf unserer aller Zusammenarbeit, damit Bayern auch in Zukunft das Land der gelingenden Integration bleibt. Wir haben es in der Vergangenheit sehr gut geschafft, Menschen zu integrieren, und das wollen wir auch weiterhin schaffen. Die Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" wird hierzu einen erheblichen Beitrag leisten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt den Einsetzungsantrag auf Drucksache 17/12431 zur unveränderten Annahme. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Es wurde von den Fraktionen vorgeschlagen, die Mitgliederzahl auf insgesamt 19 Mitglieder festzusetzen.

Die Fraktionen haben sich außerdem darauf geeinigt, dass die Enquete-Kommission aus zehn Abgeordneten, für die jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu benennen ist, und neun weiteren Mitgliedern bestehen soll. In der Enquete-Kommission ist die Stellvertretung bei den Mitgliedern des Landtags innerhalb der Vertretung der jeweiligen Fraktion unbeschränkt und jederzeit möglich. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der vorgeschlagenen Mitglieder auf die Drucksache 17/12567. Die Drucksache wurde zu Ihrer Information für Sie aufgelegt.

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Mitgliedern einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Als Vorsitzender wurde Herr Kollege Arif Taşdelen und als dessen Stellvertreter Herr Kollege Josef Zellmeier vorgeschlagen. Ich gehe wiederum davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. – Wer mit der Bestellung von Herrn Taşdelen und Herrn Zellmeier einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Bestellung und wünsche Ihnen und der gesamten Kommission viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen Tätigkeit zu einem uns alle betreffenden, bedeutenden gesellschaftspolitischen Thema.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt und ein wichtiger Schritt zu einer intellektuell sauberen und tiefschürfenden Erarbeitung des Themas gegangen. Danke schön.